

Schillers Chronik

OKTOBER 2024

Rechenschaftsbericht des Bürgervertreters aus Weiden



Liebe Freunde,

Nach der Wahl ist vor der Wahl und so hatte es auch der Oktober wieder in sich:

Es bröckelt an allen Ecken und Enden in der Republik. Die Paukenschläge des Untergangs werden immer lauter und man fragt sich, ob es hoffentlich nur das Vorspiel zum Untergang der Lügenbarone dieser Bundesregierung ist, oder ob wir Schlimmerem entgegengehen.

Nun bin ich außer im Ausschuss Petitionen auch stellv. Mitglied im Ausschuss Digitales geworden - ob Bundestag oder Wahlkreis, es gibt viel zu tun.

Was alles in diesem Monat los war, könnt ihr auf den folgenden Seiten sehen.

Ich wünsche euch viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen meines Monatsrückblicks!

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Wahlkreismitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da! Mein Wahlkreisbüro be-

findet sich direkt in Weiden, dort empfängt Euch Tina zu folgenden Öffnungszeiten:

Di.: 8.⁰⁰ - 17:³⁰ Uhr

Mi.: 8.⁰⁰ - 12.⁰⁰ & 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Do.: 10.³⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.⁰⁰ Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

»Dem deutschen Volke«
– ein Auftrag, den ich
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

AKTUELLE NACHRICHTEN

Seite 2

EIN OBERPFÄLZER
IN BERLIN

Seite 9

AUS DEM WAHLKREIS

Seite 19

03. Oktober '24

1990 wurde mit Beitritt der DDR zur BRD das geteilte Deutschland wiedervereint, damals lag sich unser ganzes Land in den Armen.

Heute – 34 Jahre später – zieht sich wieder ein Riss durch unsere Heimat, und vieles, was man mit dem Ende der DDR überwunden sah, ist erneut präsent. Rechtschaffene Bürger sehen sich Zensur, ideologischer Gängelung und Sprechverboten ausgesetzt, Deutschland bewegt sich unter der Ampel in Richtung Planwirtschaft & Deindustrialisierung, von Unbeschwertheit und Freiheit kann keine Rede mehr sein.

Viele hofften nach der Wiedervereinigung auf einen souveränen deutschen Staat, die deutsche Mark war das Symbol für das westdeutsche Wirtschaftswunder, doch diese wurde bereits wenige Jahre darauf durch den Euro ersetzt, und aus einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde eine übergreifende EU, die die Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten immer weiter einschränkt. Damit nicht genug, sehen wir uns unkontrollierter Migration ausgesetzt, die uns nicht nur wirtschaftlich enorm schadet, sondern auch die innere Sicherheit massiv gefährdet. Die Liste ließe sich lange fortführen, doch blicken wir am

heutigen Tag nach vorn: In Deutschland muss wieder Politik gemacht werden, die sich zu aller erst an den Interessen des deutschen Volkes orientiert, und genau dafür steht die AfD. Wir arbeiten mit aller Kraft daran, dass wieder Wohlstand, Recht und Freiheit in unser schönes Heimatland zurückkehren.



Traueranzeige verweigert!

05. Oktober '24

Die Frankenpost hat die Veröffentlichung einer Traueranzeige für den verstorbenen AfD-Kreisvorstand in Hof, Herrn Detlef Scharf verweigert. Die »Frankenpost« ist (noch) die zweitgrößte Tageszeitung in Oberfranken und gehört zur Verlagsgruppe HSBC (Hof/Suhl/Bayreuth/Coburg) sie ist Teil des Süddeutschen Verlages, der wiederum zum Zeitungskonzern SWMH (Südwestdeutsche Medien Holding GmbH) gehört. Seit 2018 bewegt sich der Konzernumsatz der SWMH langsam aber stetig berab. [SWMH - Umsatz bis 2022 | Statista](#)

Zum SWMH-Konzern gehört auch die seit langer Zeit ins linke Lager gerutschte Süddeutsche Zeitung, die zwischen 2016 und 2024 ca. 100.000 Stück gedruckte Auflage verloren hat. [Süddeut-](#)

[sche Zeitung - Auflage 2024 | Statista](#)

Im Übrigen ist bekannt, dass die SPD, eine der gem. Wikipedia reichsten Parteien der Welt, auch an der Frankenpost beteiligt ist, oder zumindest war. [Medienbeteiligung der SPD - PlusPedia](#).

Gibt es also tatsächlich Grund für uns, uns darüber aufzuregen, dass die Frankenpost als regionaler Grundversorger nicht ihrem öffentlichen Auftrag nachkommt, die Bevölkerung neutral zu informieren, sondern im Gegenteil der Hass gegenüber Andersdenkenden nicht mal vor Tod, Vergehen und Trauer Halt macht.

Traurige Zeiten, in denen wir leben. Aber kein Grund für uns, dem Hass eine Plattform zu bieten. Neutrale Print- und online-Medien werden immer stärker. Wir bleiben stark.



UN verabschiedet »Globalen Digitalpakt«

Digitalisierung: Ja.
Digitalzwang:
NEIN!



Manfred Schiller, MdB
Ihr Bundestagsabgeordneter für Weiden



Bild: Bernd Dittrich / Unsplash

04. Oktober '24

Wir erinnern uns:

Am 17. Mai des Jahres brachte die AfD als einzige Fraktion das Thema WHO-Pandemie-Vertrag in das deutsche Parlament. Wir forderten die »Ablehnung des WHO-Pandemievertrages sowie der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften« (Dr.-Nr. 20/10391). Der Antrag wurde in der von uns beantragten namentlichen Abstimmung rundweg abgelehnt – mit Ausnahme von BSW, Sarah Wagenknecht. Die Mitglieder dieser Fraktion fehlten nämlich bei der Abstimmung gänzlich.

Im Juni erzielte eine Petition gegen den Pandemievertrag über 70.000 Unterschriften. Großdemos folgten.

Der Druck der Straße schien Wirkung zu zeigen und so scheiterte der Vertrag vorerst bei der 77. WHO-Versammlung Ende Mai in Genf.

Allerdings haben wir uns zu früh gefreut. Am Sonntag, den 22. September, dem Tag der Brandenburg-Wahl wurde in New York ohne Erwähnung in unseren Qualitätsmedien von der UN-Vollversammlung der **Globale Digitalpakt** als Anhang zum Zukunftspakt verabschiedet, er trat in Kraft, da keines der 193 Mitgliedsstaaten widersprach.

Dieser beinhaltet die meisten Positionen des Maßnahmenkataloges des Pandemievertrages:

- Obligatorische digitale biometrische ID für jeden »Weltbürger«
- »Infodemie« wird als neue Vokabel verwendet, um abweichende Meinung zu diskreditieren
- Bestrafung für derlei Miss- oder Falschinformation durch das System, das von Künstlicher Intelligenz be-

trieben wird, z.B. durch Blockierung des Bankkontos, Sperrung für bestimmte Einkäufe, Zutrittssperre für öffentliche Verkehrsmittel oder Flugzeuge oder Straßen.

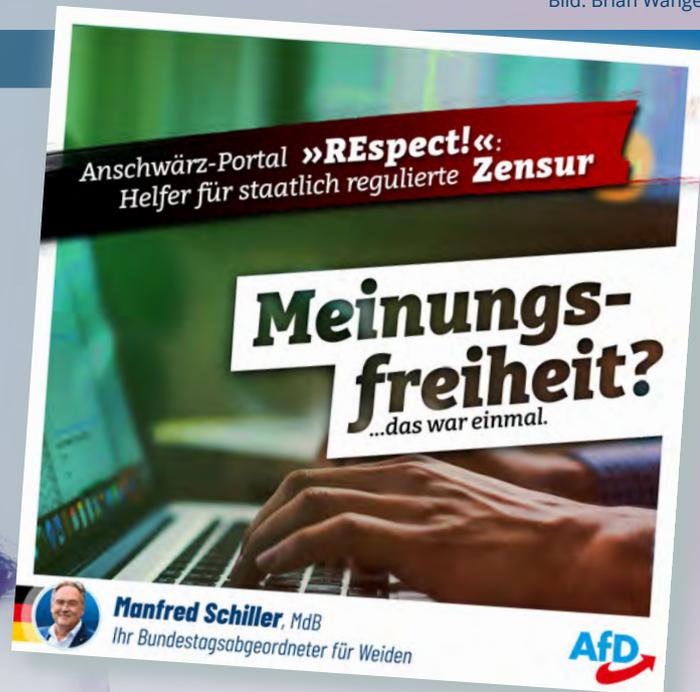
Fakt ist, dass ein Geflecht aus internationalen Konzern-Stiftungs- und NGO-Strukturen mit Großkapital-Hintergrund zusammengewirkt hat, ohne einen demokratischen parlamentarischen Prozess einzuhalten, ohne gewählte Volksvertreter jemals einzubeziehen. Angestrebt durch den Digitalpakt wird eine Komplettdigitalisierung des »globalen Gesundheitsmarktes«. Initiiert von den wie Spinnweben vernetzten Finanzgiganten und Thinktanks wie Welcome Trust, Bill-and-Melinda-Gates-Stiftung, WEF, von US-IT-Konzernen, Pharma-Konzernen wie GSK oder aus dem Biowaffenbereich.

All diese genannten Protagonisten kann man in Bezug auf deren joint-ventures und Verflechtungen auch im »Zentrum für globale Regierungstechnik« in Berlin erkennen, 2024 von Wirtschaftsminister Habeck und WEF ins Leben gerufen. Sie sind die DNA des WHO-Hub Berlin, und des Global Health Hub Berlin, welches sich derzeit im Hause der GIZ befindet, Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, ein 100%iges Unternehmen des Bundes.

Resümee:

Das Geschilderte ist die Spitze des Eisbergs. Bundesregierung und Konzerne sind bereits fast untrennbar miteinander verflochten. Transparenz existiert nicht, geschweige denn ansatzweise demokratische Entscheidungsprozesse. Details sind nachzulesen bei: [Globaler Digitalpakt: Die Bundesregierung im Netz der Gesundheitsdigitalisierer – Geld und mehr \(norberthaering.de\)](https://www.norberthaering.de)

Aktuelle Nachrichten



10. Oktober ´ 24

Laut Grundgesetz darf keine Zensur stattfinden. Die Realität sieht leider ganz anders aus: Seit längerem gibt es bereits sogenannte »Meldestellen«: Über diese Anschwärz-Portale können eifrige Bürger beispielsweise Meinungsverbrecher anschwärzen, indem sie Inhalte im Netz melden, die sie als »Hass« oder »Fake News« einstufen.

Die Meldestelle »REspect!« wurde gemäß dem Digital Services Act von der Bundesnetzagentur nun als sogenannter

»Trusted Flagger« zugelassen. Konkret bedeutet das, dass Meldungen dieser Stellen als besonders vertrauenswürdig gelten und diese fortan eigenmächtig über »rechtswidrige Inhalte« entscheiden können – die Sozialen Medien müssen deren Meldungen prioritär behandeln und z.B. unverzüglich Inhalte löschen.

Dass dies in offenem Widerspruch zum Rechtsstaat steht, sollte eigentlich jedem klar sein: Die Meinungsfreiheit wird reguliert, unliebsame Äußerungen zensiert. **Gefördert wird das ganze übrigens vom grünen Familienministerium.**



16. Oktober ´ 24

Liebe Freunde,
Die AfD Bayern hat in dieser Woche mit 7000 Mitgliedern einen weiteren Meilenstein erreicht!
Danke an jeden mündigen und kritischen Bürger, der sich uns anschließt.



Wenn auch du Mitglied werden und Teil unserer Erfolgsgeschichte werden willst, hier geht´s zum Mitgliedsantrag:

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>

Viele Grüße
Manfred Schiller



07. Oktober '24

Die WELT titelte vor wenigen Tagen: »Beim Lieferkettengesetz sei man »völlig falsch abgebogen«, sagt Habeck«...

»Man« sei völlig falsch abgebogen...

Im Juni 2021 wurde das »Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz« (schon der Name ist ein Zungenbrecher) verabschiedet – also kann Habeck jetzt unbescholten die Vorgänger-Regierung anklagen.

Es verpflichtet Firmen ab einer bestimmten Größe, deutsche Standards z.B. bzgl. »Menschenrechten« und Umweltschutz in ihrer gesamten Lieferkette einzuhalten und durch Dokumentation im Rahmen eines Qualitätsmanagements nachzuweisen. Bei Nichteinhaltung drohen Strafen.

Wie kann sich ein Grüner wie Habeck so überraschend gegen die DNA seiner Partei positionieren, noch dazu, wo im Oktober 2021 die UNO eine Resolution verabschiedete, die das Recht auf eine gesunde Umwelt als elementares Menschenrecht anerkennt?

Basis sind die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele, die unter anderem gesunde Umwelt und Trinkwasser für alle fordern.

Insgesamt ein heißes Eisen, denn in letzter Konsequenz wären diese UN-Vorgaben Steilvorlagen für grüne und rote Politikräumer, auch Klimaflüchtlingen die deutschen Grenzen zu öffnen – nach dem Motto: die Menschenwürde ist unantastbar – Artikel 1 GG. Vielleicht, um solch einen Einwanderungsschock zu vermeiden, aber auch aufgrund der historischen Schuld Deutschlands, ist es dem deutschen Michel bis heute möglich, mit Ablass zu bezahlen.

Allein im Jahr 2022 hat Deutschland rund vier Milliarden Euro in humanitäre Nahrungsmittelhilfe und krisenfeste Ernährungssysteme investiert: [Globale Hungerkrise spitzt sich zu | Bundesregierung](#)

Haben die Realität, also der Absturz der Grünen bei den letzten Landtagswahlen und die Angst vor dem Aus der Ampel-Regierung den Minister eines Besseren belehrt? Für mich sieht es nicht danach aus. Machen wir einen kurzen Abstecher ins Jahr 2021. Die Höhepunkte der Events auf Deutschlands Straßen der Fridays for Future-Kids fanden 2020 und 2021 statt (wer finanziert FFF? Unter anderem die Mercator Stiftung und Oxfam Stiftung Mercator und Klimaschutz: [Geld aus dunklen Quellen – taz.de](#)).

Und was folgte daraus für die Wahlergebnisse der Grünen im Jahr 2021? Letztendlich landeten sie in einer Regierungsverantwortung, deren Schuhe viele Nummern zu groß sind. Anton Hofreiter beklagte erst kürzlich in einem Interview, was bloß los ist, mit der Umweltbewegung, das hätte doch 2021 so gut funktioniert...

Genau! Das ist des Pudels Kern. War der ganze Klimahype 2020/2021 ein lang angelegtes Marketingmanöver, finanziert aus unzähligen, aber vor allem dubiosen Finanzquellen der sog. Zivilgesellschaften?

Mittlerweile ist in der Szene des »Greenwashing und Green scoring« Ernüchterung eingetreten. Allen voran hat sich BlackRock von ESG, also der grünen Nachhaltigkeits-Berichterstattung in Unternehmen, von grünem Investment und grüner Umweltverpflichtung verabschiedet ([Ex-Blackrock Nachhaltigkeitschef zweifelt an grünem Investment – NZZ Akzent, ESG: Schluss mit Nachhaltigkeit | ZEIT ONLINE](#)).

Grund: der Profit schmilzt in der Sonne.

Ich prophezeie: Das ist das Ende der Grünen. Blackrock hat auf konservativ und realpolitisch umgeschwenkt. Deren Star ist jetzt Friedrich Merz und nicht mehr Anton Hofreiter.

Am Mittwoch, 9. Oktober, ca. 19 Uhr debattiert der Deutsche Bundestag über den Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel »Deutsche Unternehmen entlasten – Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen« (20/10062).

Man darf gespannt sein, ob die Grünen sich nun insgesamt auf die Seite der AfD schlagen? Bitte nicht lachen, Wunder geschehen immer wieder.

17. Oktober ´ 24

Ein Expertengremium schlägt für 2025 eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 0,8% vor – damit wären sie auf einem Rekordhoch von 17,1% des verdienten Brutto-Lohnes!

Als Begründung wird die desolante Finanzlage der Kassen, denen mehrere Milliarden bei immer weiter steigenden Ausgaben fehlen, angeführt.

Warum die Ausgaben ungebremst steigen, liegt auf der Hand, denn das Problem ist nicht neu:

Eigentlich sollte unser Sozialstaat zuerst für unsere Leute da sein, doch es gab bereits vor Jahren in Zusammenhang mit der Massenmigration klare Hinweise darauf, dass die gesetzlichen Krankenkassen durch den Leistungsanspruch von Asylbewerbern in Schieflage geraten werden. Wobei »Schieflage« noch zu kurz greift: Wenn auch künftig sogar ausreisepflichtige Asylbewerber Anspruch auf alle Gesundheitsleistungen haben, die von den Leistungs-



trägern unserer Gesellschaft finanziert werden müssen, ist das ein sozialpolitischer Skandal, der nur in einem Kollaps enden kann!

Zeit, diesen Zustand endlich zu beenden.



18. Oktober ´ 24

In Deutschland wird ab 01.01.25 die sog. EU-Mehrwertsteuersystem-Richtlinie in Kraft treten – ein weiteres EU-Bürokratiemonster, das hier und da absurde Blüten treibt. Über einen Fall berichtete nun Onetz: In Neukirchen b. Sulzbach-Rosenberg könnte der beliebte Kinderbasar, der seit 22 Jahren Familien anlockt, zum letzten Mal stattfinden.

Denn: Ab 2025 müssen Kirchenveranstaltungen, bei denen Einnahmen erzielt werden, mit 19% besteuert werden. Hierbei wird nicht der Gewinn, sondern der Umsatz herangezogen, was im Fall des Basars – dessen Träger die ev. Kirchengemeinde Neukirchen ist – bedeutet, dass die Umsatzsteuer am Ende höher als der Erlös ausfallen würde, so J. Kreussel vom Orga-Team gegenüber Onetz.

Das Basar-Team sucht nun nach Lösungen, wie man den Bürokratie-Angriff abwehren kann, damit der Basar am kommenden Sonntag nicht der letzte ist.

Wir sagen schon lange:

Freiheit statt Brüssel, der Bürokratie-Wahnsinn der EU muss gestoppt werden!



25. Oktober '24

Qualifizierte Fachkräfte sind auf der ganzen Welt gefragt – sie können sich aussuchen, wo sie arbeiten. Für sie ist Deutschland nicht attraktiv:

Hohe Steuern, viel Bürokratie, Rezession, eine zerbröckelnde Infrastruktur & ein Verlust der inneren Sicherheit. Aus diesen Gründen suchen viele Deutsche in der Fremde ihr Glück.

Noch nicht angekommen ist diese Erkenntnis bei der Regierung: Hier glaubt man, Visaerleichterungen allein reichten aus, damit dringend gebrauchte Fachkräfte zu uns kommen. Arbeitsminister Heil rechnete mit mindestens 10.000 Anträgen pro Jahr — seit der Einführung der »Chancenkarte« interessierten sich aber nur knapp 2300 Menschen dafür – gerade mal ein Viertel der Erwartungen. Im gleichen Zeitraum wurden dagegen knapp 80000 Asylanträge gestellt.

Unqualifizierte (und oft schwer integrierbare) Zuwanderer kommen in Scharen, angelockt durch unsere garantierte Rundumversorgung für Jedermann. Aber die Menschen, die tatsächlich ein Gewinn für unsere Gesellschaft wären, werden durch die völlig irre Politik abgeschreckt.



28. Oktober '24

Die Gerüchteküche brodelte schon länger, nun platzte die Bombe: VW - einstiges Symbol des deutschen Wirtschaftswunders - will in Deutschland 3 Werke schließen, Zehntausende Arbeitsplätze sind damit in Gefahr. Ein dramatischer Höhepunkt einer Entwicklung, die für jeden bereits lange voraussehen war, der sich mit der katastrophalen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre auseinandergesetzt hatte: Die hohen Energiepreise in Deutschland sorgen zuverlässig dafür, Deutschlands Industrie und unseren Wohlstand zu zerstören.

Doch nicht nur das: **Nach dem Abgasskandal hat auch die Regierungshörigkeit des VW-Konzerns Folgen.**

Kein anderer Autohersteller setzte so konsequent auf E-Mobilität wie VW, und war ganz vorn mit dabei, wenn es um die Umsetzung grüner Transformation ging, oder darum, medienwirksam »Haltung gegen Rechts« zu zeigen. Doch: Teure E-Autos sind offensichtlich keine »Autos für´s Volk« und entpuppen sich trotz staatlicher Subventionen zunehmend als Flop.

Bild: Yusuf Mansoor/ Unsplash

29. Oktober '24

Mittlerweile pfeifen es sogar die Spatzen von den Dächern der Republik: Die Energiewende ist gescheitert.

Jeder, der sich ein klein wenig mit der Physik von Strom und Spannung beschäftigt, hatte von vornherein nichts anderes erwartet.

Das ganze System der sogenannten »erneuerbaren« Energien krankt an den nicht vorhandenen Speichermöglichkeiten. Strom muss genau in der Sekunde erzeugt werden, in der Verbrauch stattfindet. Da lässt die Physik eben nicht mit sich reden.

Wind und Sonne speisen aber nicht konstant ein. Sonne gibt es sowieso nur am Tag, hauptsächlich im Frühling und im Sommer -und auf konstant wehenden Wind kann man sich ebenfalls nicht verlassen.

Schon heute erzeugen Wind und Sonne an windigen Mittagstunden im Sommer mehr Strom als gebraucht wird. Dieser überflüssige Strom wird sozusagen entsorgt, aber den Besitzern der Solaranlagen und Windrädern trotzdem vergütet.

Im letzten September waren es 2,6 Milliarden Euro, die dadurch von den Stromkunden für eine Ware bezahlt

werden musste, die zum jeweiligen Lieferzeitpunkt aber unverkäuflich war. Jeder zusätzliche Ausbau von Wind- und Solaranlagen lässt diese Summe weiter ansteigen. Dabei findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt.

Abends, in der Nacht und bei Schwachwind, sowie in den Wintermonaten leistet der noch vorhandene, konventionelle Kraftwerkspark (Kohle, Gas) im Verbund mit teuren Stromimporten aus dem Ausland treue Dienste. Ein Zubau von Windrädern und Solaranlagen bringt hier fast nichts, während im Frühjahr und Sommer die »Stromentsorgungskosten« durch die Decke gehen. Das alles bezahlt der Verbraucher über Steuern oder den Strompreis.

Das ganze System basiert auf irrer ökosozialistischer Planwirtschaft. Es wird hier kein Klima gerettet, ja nicht einmal »böses« CO2 eingespart. Bei dieser sogenannten Energiewende verdienen sich allein Subventionsabzocker eine goldene Nase mit dem knappen Geld des hart arbeitenden »kleinen Mannes.«

Man hat sich hier in etwas hinein manövriert, aus dem diese faktenfreien Ideologen nicht mehr herauskommen.

Nur unsere AfD kann diesen Irrsinn beseitigen und unsere Energieversorgung wieder auf sichere Fundamente stellen.





Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 41

Nun bin ich außer im Ausschuss Petitionen auch stellv. Mitglied im Ausschuss Digitales geworden.

Die Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen finden Montag, Dienstag und Mittwoch statt. Der Dienstag endet üblicherweise mit einer langen Fraktionssitzung und der Sitzung der Landesgruppe, in der es z.B. um die Planung von Plakataktionen, von Bürgerdialogen in ganz Bayern, aktuell um die Erstellung eines Vorstellungsprospektes, den regelmäßigen Newsletter und einiges mehr geht.

Donnerstag und Freitag stehen außer Plenarsitzungen noch Foto- und Videotermine incl. Vor- und Nachbereitung an.

Neben meiner Sacharbeit im Parlament, die ich in Foto, Video und schriftlichen Beiträgen auf all meinen Social-Media-Kanälen dokumentiere, dreht sich das Politikkarussell in Berlin und auf der Welt weiter.

Es bröckelt an allen Ecken und Enden in der Republik. Die Paukenschläge des Untergangs werden immer lauter und man fragt sich, ob es hoffentlich nur das Vorspiel zum Untergang der Lügenbarone dieser Bundesregierung ist, oder ob wir Schlimmerem entgegengehen. Nach dem **Rücktritt der Grünen-Spitze**, folgte nun der SPD-Generalsekretär **Kevin Kühnert**, wenig später dann der Rückzug der Grünen Abgeordneten **Canan Bayram**, die in der Vergangenheit schon mehrmals in namentlichen Abstimmungen gegen den Fraktionskonsens gestimmt hatte, z.B. bei Militäreinsätzen im Nahen Osten, gegen das »Sondervermögen Bundeswehr« oder gegen CETA.

Am Mittwoch legte Min. Habeck die neuen Wirtschaftszahlen für Deutschland vor:

Deutschland wird 2024 ein Negativwachstum aufweisen (die staatlich ermittelten Werte lassen wir hier lieber mal weg) und bildet damit ein Schlusslicht im internationalen Vergleich:

- -5,8 Prozent bei den Auftragseingängen
- Werksschließungen (z.B. auch bei Würth)
- Umsatz in der Autoindustrie sank um 4,7 Prozent
- Beschäftigung sinkt dramatisch
- Die deutsche Wirtschaft verlagert die Produktion ins Ausland
- Thyssen-Krupp verabschiedet sich trotz Millionen Fördergeldern vom »Grünen-Stahl-Projekt« usw.

Und gleichzeitig verkündet unser Ex-Staatspräsident Joachim Gauck, anscheinend in fröhlicher Champagner-Laune »mehr Akzeptanz für Zuwanderung!«, denn sonst wäre ein wirtschaftlicher Niedergang Deutschlands unausweichlich.

Am Donnerstag startete der von der CDU initiierte **U-Ausschuss zum Atomausstieg** und brachte wieder einmal die Verlogenheit der CDU zum Ausdruck.

War es denn nicht die CDU, die bis vor kurzem der Gesetzgeber und vehemente Vertreter für den Atomausstieg war?



Es geht aber aktuell nicht um die Frage, ob Habeck entgegen der TÜV-Gutachten im Febr./März 2022 gehandelt hat, die einer Verlängerung der AKW über April '23 hinaus ohne nennenswerte Einwände befürwortet hatten, sondern es geht der CDU im Grunde darum, die Grünen endgültig zu »demontieren«. Und natürlich kann und muss man das Handeln des Habeck-Ministeriums dahingehend deuten, dass eine Verschärfung der Energieknappheit in Deutschland nach dem Beginn des Ukraine-Konflikts mit Absicht erfolgte. Die gleichzeitige Abschaltung der letzten AKW und zusätzlich die Verweigerung der Abnahme russischen Pipeline-Gases für Deutschland ist und bleibt verantwortungslos.

Das neue **Zensursystem der Bundesregierung** zur Umsetzung der europäischen Zensur Richtlinie »Digital Service Act«, nennt sich »Trusted Flagger«.

Im Klartext bedeutet diese blumige Wortschöpfung allerdings alles andere als rosige Zeiten. Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur, der sich bereits 2023 hervortat, als er ankündigte, aufgrund der absehbaren Stromverknappung ab 2024 Rationierungen einführen zu wollen, ist auch hier der Chef und zuständig für die Einrichtung von Blockwart-ähnlichen Online-Meldestellen aus der Privat-

wirtschaft. Seit Anfang Oktober hat die private NGO »REspect!« eine solche Lizenz, im Auftrag der Bundesregierung von Jedermann wie auch immer definierte Hass- und Hetzmeldungen entgegenzunehmen und zur Ahndung weiterzuleiten. Der Kreis schließt sich, denn dieses Meldeportal REspect! zur Bekämpfung oppositioneller Meinungen wird indirekt vom grünen Bundesfamilienministerium und direkt vom bayerischen Staatsministerium finanziert

Am Montag dem 7. Oktober jährte sich der Tag des Israel-Palästina-Krieges erstmals und war Anlass für arabische bzw. palästinensische Gäste Deutschlands, in Berlin und anderswo die Stadt in den Ausnahmezustand zu versetzen. Dies zum Anlass fand am Donnerstag zu Plenumsbeginn eine Sondersitzung statt.

Mittwoch

Der Mittwoch als offizieller Beginn der Plenarwoche startete mit der **Befragung der Bundesregierung**, diesmal mit Ministerin Faeser und Volker Wissing, Minister für Verkehr und Digitales. In der Einleitung rühmte sich Frau Faeser damit, im ersten Halbjahr 2024 ein Fünftel mehr Abschiebungen getätigt zu haben. Was sich bemerkenswert anhört, ist in nackten Zahlen genannt eine Steigerung von

3.000 Personen, wobei nach Schätzungen weit mehr als 300.000 in Deutschland ausreisepflichtig wären.

Auch die seit dem Solinger Messerstecher-Terrorakt eiligst eingeführten »Grenzkontrollen« haben nur Feigenblatt-Funktion, denn Faeser nannte eine Zahl von 30.000 Zurückweisungen seit Okt. 23, gleichzeitig antwortete sie auf die Frage von Gottfried Curio, AfD, dass von Menschen, die an der Grenze »Asyl« sagen, deren Anspruch auch »geprüft« würde.

Sehr interessant war schließlich die Frage von Dirk Brandes, AfD an Verkehrsminister Wissing zur deutschen Infrastruktur und insbesondere zur Instandsetzung der Dresdner Carola-Brücke. Bei einem gesamten kommunalen Investitionsstau von 186 Mrd. €, aber gleichzeitiger Förderung von Radwegen in Peru und grünen Kühlschränken in Kamerun müsste sich dieser für eine Verschiebung der Prioritäten beim Ministerium für Entwicklung einsetzen. Rainer Kraft, AfD setzte hier noch einen drauf – und tatsächlich hilft bei dieser Regierung nur noch blanker Zynismus – denn er fragte, ob die Dresdner Kollegen für die Instandsetzung vielleicht einen Antrag auf Entwicklungshilfe beim BMZ stellen sollten, um in den Genuss von Bundesmitteln zu kommen.

Währenddessen schwadroniert der von Blackrock unterstützte Kronprinz in der deutschen Kanzlerfrage, Friedrich Merz auf einer Veranstaltung der CSU davon, dass man von den deutschen Sparvermögen über 2,8 Bio. EUR doch locker was für die öffentliche Infrastruktur mobilisieren könnte.

Später folgte die Allgemeine Fragestunde, die parl. Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann aus dem **Umwelt- und Verbraucherschutzministerium** wurde befragt.

Stephan Brandner ließ wieder einmal nicht locker und bohrte nach bei den betrügerischen Umweltzertifikat-Projekten in China, die schon Gegenstand der letzten Plenarwoche waren und Schäden in Milliardenhöhe für gutgläubige Unternehmen verursacht hatten. Er bohrte nach bei der Frage des entstandenen Umweltschadens nach der Sprengung der Nordstream-pipelines, aber zu allem wusste Frau Staatssekretärin keine Antwort. Brandner sprach von bis zu 350.000 Tonnen entwichenem Methan, was ungefähr 20 Milliarden Liter Benzin entspricht. Aber in der ideologieverbohrten Sichtweise dieser Bundesregierung sind anscheinend Kriege oder nicht aufgeklärte Umweltterrorakte fürs Klima ganz egal.

Danach folgte die **Aktuelle Stunde** zum Thema »**Deutsche Wirtschaft in der Rezession**«.

Bernd Schattner, AfD zählte auf:

- Über 70.000 Unternehmen haben im Jahr 2023 Insolvenz angemeldet
- Die Kilowattstunde Strom kostet in Deutschland ca. 41 Ct., in Frankreich nur 25 Ct.
- Selbst die Fa. Intel konnte nicht mit 10 Milliarden EUR nach Deutschland gelockt werden
- Die Steuerquote liegt bei 42 Prozent (jeder kennt den Steuerzahler-Gedenktag, der sich mittlerweile schon weit in die zweite Jahreshälfte hineinfrisst), und zum Gipfel der Absurdität kommen die...
- ... offenen Grenzen, die jetzt in den Staatshaushalt weitere Löcher reißen, wir denken an das Bürgergeld, wo allein 10 Mrd. nachgeschossen werden sollen.

Aber von den Ampel-Koalitionären hörte man nur: Man stehe vor enormen politischen Herausforderungen und »Friedrich Merz habe auch kein Konzept«. Armes Deutschland können wir da nur sagen.

Der Mittwoch endete mit dem **Antrag der AfD »Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz« abschaffen« Dr.-Nr. 20/10062**. Wirtschaftsminister Habeck hatte erst kürzlich in der Presse verkündet, dass man bei diesem Projekt falsch abgebogen sei und die Kettensäge ansetzen müsse. Und Stefan Rouenhoff von der CDU wurde gleich noch dreister:

Die CDU unter Merkel hatte dieses Bürokratiemonstergesetz hervorgebracht aber der Abgeordnete schaffte den Spagat, einerseits dessen Abschaffung zu fordern, die Ampel zu beschimpfen, den CDU-Antrag dereinst abgelehnt zu haben, aber gleichzeitig lehnte er den AfD-Antrag ab aus folgendem Grund, und das ist kein Witz: »Ihre Forderung ist aber leider völlig überflüssig, weil wir als Unionsfraktion genau diesen Gesetzentwurf schon eingebracht haben«.

Hat man da noch Worte?

Donnerstag

Wie oben angekündigt, begann der Donnerstag mit einer **Sondersitzung zum Jahrestag des offenen Krieges Israel-Palästina**.

Ein Oberpfälzer in Berlin

Bernd Baumann lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tragödie, dass diese Regierung, wie auch die 16 Jahre Unionsregierung den Krieg auf Deutschlands Straßen importiert haben, und die Zahl der Straftaten gegen Juden sich verdoppelt haben. Sie sind zu 90% muslimisch-religiös motiviert, so Baumann. Die Gewalt richtet sich gegen Juden und Christen gleichermaßen. Es macht den Anschein, dass sie aus dem Nichts kommt, die Religion der Opfer spielt eigentlich keine Rolle. Sie betrifft Schulen, Volksfeste, Freibäder, Busse und das öffentliche Leben. Weit über 50.000 Vergewaltigungen zählt Deutschland, Frauen sind das Hauptziel der kollabierenden Gewaltexzesse.

Die Ampel wird nicht müde, Minderheitenrechte einzuschränken, wo es möglich erscheint. **Zwei Gesetzesentwürfe zur Änderung der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit** – auch im Grundgesetz – sollen es der AfD erschweren, über den Passus der 2/3-Mehrheit im Bundestag, Richterwahlen zu blockieren.

Fabian Jacobi zur Erklärung: »Die bestehende Regelung schreibt fest, dass dann, wenn die Minderheit eine bestimmte Größe überschreitet, sie an der Besetzung des Gerichts beteiligt werden muss. Gegenwärtig haben Sie das Gericht unter sich aufgeteilt. Dieser Zustand soll nun festgeschrieben werden, auch für den Fall, dass die Opposition demnächst mehr als ein Drittel des Bundestages stellt. Dann soll nämlich, wenn Sie keinen geeigneten Kandidaten vorschlagen und eine Wahl deshalb nicht zustande kommt, die Wahl der Richter einfach in den Bundesrat verlagert werden.« Der Rechtsausschuss berät.

Die **AfD** wagte den wiederholten Vorstoß in Sachen sauberer und günstiger Energie mit drei Anträgen **»Eine krisen-feste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen« (20/8874)**, der sofort (unter Enthaltung von BSW) abgelehnt wurde. Er sah die Streichung des EEG vor, das Ende des Kohleausstiegs und eine Änderung des Atomgesetzes, damit ein Weiterbetrieb der in 2021 und 23 abgeschalteten KKW's vorsieht. Die beiden anderen Anträge **(20/13230 und 20/13231)** fordern die Abschaffung aller Subventionen für EE, Bürokratieabbau für neue Technologien, sowie Ausbau und Förderung von moderner Kernkrafttechnik, wie den Dual-Fluid-Reaktoren, die in China schon in Betrieb gehen. Die Anträge wurden in die Ausschüsse überwiesen.



Bei den **Wahlen zum Bundestagsvizepräsidenten** und für das **Parlamentarische Kontrollgremium** fielen unsere Kandidaten wie zu erwarten durch.

Die **CDU** reichte in erster Lesung wieder einmal eine **Kopie von AfD-Grundsätzen** ein, auch ein weiterer, allerdings abgesetzter Antrag versuchte, die AfD als Original zu verdrängen. Im **Antrag 20/12980** geht es eigentlich um eine Selbstverständlichkeit:

Asylsuchende, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten, soll die Zeit des Aufenthaltes nicht auf den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft angerechnet werden. Der Ausschuss für Inneres berät.



welche sich per Google Maps als Baracken oder Holzhütten herausstellten.

Jürgen Braun in seiner Rede: »Für die Umsetzung der Projekte sind zuständig: 1.200 Mitarbeiter im Umweltbundesministerium und 1.600 im Umweltbundesamt. Eine Überprüfung durch Frau Lemke fand nie statt.«

Der Antrag wurde überwiesen.

Freitag

Am Freitag hatte ursprünglich Joe Biden -himsel- zum Ukraine-Gipfel nach Ramstein/Deutschland geladen. Warum auch nicht? Dann sagte Biden ab und stattdessen wurde Berlin zum Treffpunkt von **Selenskyi** und weiteren hochrangigen Politikern auserkoren. Er reiste ab mit milliardenschweren Zusagen im Gepäck für **weitere Militärhilfe**. Na ja, das war ja wohl der Sinn des Ganzen. Wir wundern uns nicht mehr.

Ein letzter Antrag am Freitag von Bedeutung war der **Gesetzesentwurf der Bundesregierung** in erster Lesung **20/13148 (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)**. Die EU-Richtlinie zum Schutz digitaler Einrichtungen vor Cyberkriminalität wird nun auf andere Branchen erweitert.

Steffen Janich erkannte in seiner Rede, dass die Bundesregierung hier wieder einmal auf dem linken Auge blind ist, denn der Entwurf definiert hier eine Unterstützungshandlung des BSI zugunsten des Verfassungsschutzes in Fällen, in denen der VS vermeintlich verfassungsfeindliche Bestrebungen auswertet, und benennt explizit die Beobachtung von deutschen Rechtsextremen. Es erfolgte Überweisung.

Die nächste Sitzungswoche schließt sich nahtlos an diese an und wir sind gespannt auf die weitere Entwicklung in diesem, unserem schönen deutschen Land!

Was vor 10 Jahren undenkbar war, ist heute Grundlage für gesetzliche Regulierung. Es geht um Gewalt gegen Rettungskräfte oder Polizisten. Im diesbezüglichen **Antrag der AfD 20/13232**, der sich dem Gesetzesvorhaben anschließt, fordert die AfD schärfere Strafen bei Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal. Der Rechtsausschuss berät.

Und noch einmal beschäftigte der **Schwindel mit gefälschten Klimazertifikaten** das Parlament. Die CDU verlangt im Antrag **Dr.-Nr. 20/13223** lückenlose Aufklärung zu den Klimaminderungsprojekten in China mit dem wohlklingenden Namen Upstream-Emissions-Reduktion,

Sitzungswochen-Protokoll KW 42

Mein Kalender war auch diese Woche randvoll mit Terminen. Die Sitzungen der **Arbeitskreise Petitionen** und **Digitales**, sowie die **Ausschüsse** finden zwischen Montag und Mittwoch statt. Dienstags tagt die **Fraktion**. Am Mittwoch ist ab mittags **Präsenz und Mitarbeit im Plenum** angesagt. Am Donnerstag wurde mein dritter Beitrag für den eigenen You-Tube-Kanal gedreht. Es ist das neue Format **»Zwei Bayern in Berlin«** mit meinem lieben MdB- und Landesvorstandskollegen Stephan Protschka.

Außerdem stimmte ich zum ersten Mal bei **namentlichen Abstimmungen** mit, diese Übung wiederholte ich am Freitag ganze neun Mal – Details folgen später in diesen Ausführungen.

Die AfD-Fraktion hatte am Mittwoch ein **Unternehmer-Symposium** mit Impulsvorträgen mitten in der Lobby des Paul-Löbe-Hauses organisiert – daher also auch für alle anderen Besucher des Bundestages gut sichtbar – zu welchem sich über 200 Unternehmer aus ganz Deutschland eingefunden hatten.

Ich selbst wurde zuvor von einem weiteren lieben MdB- und Landesvorstandskollegen aus Bayern, **Dr. Rainer Rothfuß** zum **»Wendezeit-Interview«** eingeladen, wo ich mit anderen Unternehmern den bedrückenden Status Quo des wirtschaftlichen Rückgrats Deutschlands, nämlich des auf aller Welt bekannten »German Mittelstands« erörtern durfte.

Zitat eines seit Generationen erfolgreichen Unternehmers im Bereich Aluguss:

»Geht es einem großen Unternehmen schlecht, dann kommt Scholz, geht es einem kleinen Unternehmen schlecht, dann kommt der Insolvenzverwalter«.

Der Abend klang aus bei anregenden Gesprächen.

Die Sitzungswoche endete am Freitag-Abend mit einer vom Arbeitskreis Petitionen organisierten **Petitions-Konferenz**. Hier wurden Petenten zum Gespräch nach Berlin geladen, die der AfD-nahestehende Petitionen eingereicht hatten. Die Gespräche waren überaus fruchtbar und erfolgreich.

Und nun zu den Details im Bundestag und der Politik im Allgemeinen: Am Montag tagte die Crème de la Crème der »Neuen Weltregierung« in Berlin beim **World Health**



Hinter den Kulissen: Aufnahmen zum neuen Format »Zwei Bayern in Berlin« mit meinem Kollegen Stephan Protschka.

Summit. Bundeskanzler Scholz dankte für die Schlagkräftigkeit der WHO vor illustren Gästen wie Bill Gates, Gesundheitsminister Karl Lauterbach und dem WHO Generaldirektor Tedros. Nach dem Ausbruch der Affenpocken in Zentral Afrika im August habe man sofort den höchsten Alarm auslösen können und Deutschland konnte sogar sofort 100.000 Impfdosen bereithalten.

Anmerkung am Rande: Durch die Affenpocken starben weltweit übrigens 6 Menschen.

Nun sei man auch gut gerüstet, um Ebola, Marburg Virus, Polio usw. zu begegnen. Er dankte den sich jeglicher staatlicher Kontrolle entziehenden Organisationen **GAVI** (Bill Gates), **CEPI** (forscht z.B. an sich selbst übertragenden Impfstoffen) und dem **»Global Fund«**. Dieser Fonds hat von 2002 bis 2018 fast 40 Milliarden Dollar eingesammelt – aus staatlichen und unbekanntenen Quellen – und damit bis heute erfolgreich Malaria, HIV und TB bekämpft, siehe Wikipedia (... ach Entschuldigung, sie *versuchen* es lediglich bis heute). Am Ende der Runde war Herr Scholz wieder sehr generös und verkündete eine Finanzspritze Deutschlands in Höhe von 360 Mio. Euro. Insgesamt kam eine Milliarde USD zusammen.

Übrigens ist die neue Generation von mRNA (eigentlich modernRNA – man überlege, woher der Produktname Moderna stammt) schon da, sie heißt saRNA, hier auf der Website von Prof. Harald Walach in einem Gastbeitrag von Prof. Dr. Klaus Steger nachzulesen: Selbst-amplifizierende RNA-Spritzen: die unsichtbare Gefahr.

Der menschliche Körper als Forschungslabor für BigPharma, und der Steuerzahler finanziert.



Impressionen von der Petitionskonferenz: *Vergangenen Monat haben wir in zwei Sitzungswochen 60 Petitionen behandelt. Ich bin begeistert von dieser Aufgabe, denn das Petitionsrecht hat nicht nur einen direkten Auftrag durch das Grundgesetz, sondern ist Ausdruck des Bürgerdenkens.*

Meldungen aus der Wirtschaft (entnommen der Rede von Steffen Kotré):

- Der Produktionsindex in Deutschland fiel seit 2018 um 12 Prozent, im Durchschnitt der EU stieg er in diesem Zeitraum
- Die chemische Industrie hat in den letzten 3 Jahren ein Umsatzminus von 15 Prozent zu verzeichnen
- VW streicht 30.000 Stellen, der Automobilzulieferer ZF 14.000, Thyssen-Krupp 10.000 usw
- Pro Jahr wandern 100.000 Facharbeiter aus Deutschland aus, insgesamt sind es 270.000 Menschen, die Deutschland jährlich verlassen
- Der Kapitalabfluss in Deutschland in den letzten drei Jahren betrug 320 Milliarden EUR

Dazu passend sind auch folgende Nachrichten: Mercedes-Benz beginnt 2025 mit Verkauf von Niederlassungen und Stellenabbau trifft nächsten Autozulieferer: 950 Jobs fallen bei fränkischem Familienbetrieb weg.

Kommen wir nun zum parlamentarischen Wochenprogramm, das wie immer mittwochs beginnt:

Mittwoch

Die Sitzung begann am Mittwoch mit einer **Regierungserklärung des Kanzlers** zum bevorstehenden **Gipfeltreffen des Europäischen Rats**. In solchen Reden werden üblicherweise nicht nur Themen der jeweiligen Gipfeltreffen aufgegriffen, sondern es entsteht hieraus quasi eine Generaldebatte. Scholz betonte stolz, dass Deutschland der größte Unterstützer der Ukraine in der EU sei (in Zahlen: 17,7 Milliarden EUR), also direkt nach den USA. Und natürlich wird man weiterhin Waffen nach Israel liefern. (Übrigens: Die Aktie von Rheinmetall hat sich im Laufe von zwei Jahren fast vervierfacht). Außerdem müsse in Europa die Industriepolitik eine Priorität sein, Scholz wörtlich: »Wir müssen für die Industrie in Deutschland kämpfen« – vom Ausbluten des Mittelstands war keine Rede. *Einschub: Nach Pharma und Waffen kommt weiterhin die Ideologiebranche Windkraft und Solar in den Fokus. Von deutscher und europäischer Automobilindustrie hat man sich ja offensichtlich verabschiedet:*

Die Autobranche kann keine Stromer absetzen. Den Grund kennen wir alle, aber Scholz hält unbeirrt an E-Autos fest, fordert erneut E-Auto-Prämien und den Ausbau von Schnellladestellen.

Und das Konjunkturtief habe natürlich seine Ursache darin, dass Putin die die Energielieferungen gekappt habe. Am Ende fielen Scholz dann doch noch diejenigen ein, die die gesamte »Party schmeißen«. Mit einer »**Steuerentlastung**« noch in diesem Jahr sollen vierköpfige Familien mit sage und schreibe 300 EUR pro Jahr entlastet werden. Leider erwarten wir aber für 2025 auch eine **Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 0,8%** auf ein Rekordhoch von 17,1% und um dauerhaft ein **Rentenniveau von 48%** zu sichern, werden hier die Beiträge von derzeit **18,6% mittelfristig auf 22,3%** steigen müssen. Oder sollte man sich doch eher mal mit Rente ab 85 anfreunden? Die **AfD** legte mit **Antrag Dr.-Nr. 20/13356** am Mittwoch ein **Steuerentlastungskonzept** vor, das erstmals den Namen zurecht trägt. Der einzig sachlich-vernünftige Redebeitrag kam von Tino Chrupalla, der zu Friedensverhandlungen, und zum Stopp von Waffenlieferungen in beide Krisengebiete aufrief und Scholz aufforderte, seine Politik »aus dem Raumschiff« heraus, und vor allem die Staatswirtschaft sofort zu beenden. Der von dieser Bundesregierung zu verantwortende Wohlstands- und Wertverlust sei nur mit harter Arbeit aller und unter persönlichen Verlusten eines jeden aufholbar.

Der Einstieg in den üblichen Wochenfahrplan des Plenums war die **Befragung der Bundesregierung**, diesmal mit **Gesundheitsminister Lauterbach** und **Außenministerin Bärbock**. Da ich mich bei diesem Rückblick aufgrund der Themenvielfalt in dieser Woche etwas kurz fassen muss, gehe ich nur auf die schon fast kaffkaesken Erläuterungen von Lauterbach ein. Zusammenfassung in etwa: Viele Covid-Infektionen erhöhen das Risiko und die Schwere von Long-Covid. Impfung schützt vor schweren Verläufen der Erkrankung und vor Long-Covid. In seltenen Fällen führt die Impfung zu Long-Covid.

Fakt ist: Es gibt es zu Impf-Nebenwirkungen keine Forschung, keine Differentialdiagnostik und keine Forschungsgelder aus den Ministerien für Gesundheit und aus »Bildung und Forschung«. Das offizielle Narrativ lautet immer noch »Long-Covid gibt es nur nach Erkrankung, Post-Vac existiert nicht«.

Hinweis an dieser Stelle: Die entschwärzten RKI-Files belegen mittlerweile, dass die Hochstufung der Gefahrenstufe im März 2020 politisch angeordnet war, dass die Pandemie eine Testpandemie war, nicht nur aufgrund tausender betrügerischer Testabrechnungen von obskuren Testzentren, die wie Pilze aus dem Boden geschossen waren, sondern auch wegen der nicht differenzierbaren Ergebnisse von PCR, woraus folgt, dass Maskenterror, Lockdowns und einrichtungsbezogene Impfpflichten willkürlich waren.



Am 2. und 3. November fand das 3. Corona-Symposium der AfD im Bundestag statt. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe!

Der parl. Staatssekretär für **Bildung und Forschung**, Jens Brandenburg, bestritt die **allgemeine Fragestunde**, in der wieder einmal Stephan Brandner die entscheidenden Fragen stellte. Von Nicole Höchst, AfD, wissen wir, dass der Analphabetismus in Deutschland ein zugewandertes Problem ist. Seit 2015 wurden **6 Milliarden für Integrationskurse** ausgegeben, davon **1,4 Milliarden für Alphabetisierung** (so die Antworten einer Großen Anfrage aus dem Büro Höchst), mit dem »**Start-Chancen-Programm**« investieren Bund und Länder bis zu **20 Milliarden in »4.000 Problemschulen**«, so Brandenburg.

Und dennoch hier mal ein kleines selbst erlebtes Beispiel am Rande: Einem Steuerberater in der Oberpfalz wurde vom Arbeitsamt ein Syrer vermittelt. Es stellte sich aber nach kurzer Zeit heraus, dass er nicht einmal mit Messer und Gabel essen konnte. Was tun wir hier eigentlich?

In erster Lesung kam wie oben erwähnt, **Dr.-Nr. 20/13356 »Grundlegende Steuerreform« der AfD** ins Plenum. Der Antrag aus der Feder von **Jörn König** sieht folgende Entlastungen vor:

Weiterentwicklung des berühmten **Steuermodells von Kirchhof** (2005, »*Steuererklärung auf einem Bierdeckel*«) mit einer Pauschalsteuer auf alle Einkünfte von Gewerbe und Einkommen von 25%, Familiensplitting mit Freibeträgen für jeden Erwachsenen von 15.000 und für jedes Kind von 12.000 €, somit eine deutliche jährliche Entlastung. Jede Steuerentlastung bringt einen Konjunkturaufschwung, dadurch mehr Steuereinnahmen und sparen könne man bei jährlich **50 Milliarden im Kilmaschutz** »also für kalte Luft« und **70 Milliarden beim Bürgergeld für Ausländer** und den grünen Projekten im Ausland, denn »*Auslandsfinanzierung ist ganz sicher keine Staatsaufgabe*«, so König. Der Finanzausschuss berät.

Donnerstag

Interessant startete der Donnerstag mit der 3. Lesung bzgl. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, also dem »**Lieferkettensorgfaltspflichtenaufhebungsgesetz**« **Dr. 20/11752** von der CDU/CSU. Wir erinnern uns: Geschaffen wurde das Bürokratiemonster von genau dieser Partei, die es jetzt aufheben will.

Und: Minister Habeck äußerte erst vor Kurzem, dass man mit diesem Gesetz »falsch abgebogen« sei. In der ersten **namentlichen Abstimmung** der Woche votierten **CDU und AfD nun gemeinsam** dafür, die Mehrheit incl. Linke und BWS dagegen. »Die CDU ist die Choreografin des deutschen Untergangs«, sagte **Norbert Kleinwächter** in seiner Rede. Oder anders ausgedrückt: Sie hängt ihr Fähnchen nach dem Wind.

Dann folgte in der dritten Lesung der **AfD-Antrag Dr.-Nr. 20/10609 »Soziale Mindestsicherung effektiv organisieren – Bürgergeld auf Arbeitsvermittlung fokussieren«**, Federführung hatte hier **Gerrit Huy** von der AfD. Kernpunkt ihrer Forderung war, Bürgergeldempfänger nach einer Schonfrist von 6 Monaten zu 15 Std. gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Bei Verweigerung solle es nur noch eine Bezahlkarte, statt Geldleistung und ggf. weitere Sanktionen geben.

Hier ein paar Daten und Fakten aus ihrer Feder:

- Derzeit sind 4 Millionen Erwerbsfähige im Bürgergeld, was der Definition nach eine Grundsicherung für Arbeitssuchende ist.
- 1 Million Menschen sind Empfänger von ALG1, eine Versicherung, in die sie aber vorher einbezahlt haben
- Es gibt insgesamt nur ca. 35 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 12,5% davon beziehen Staatsleistungen
- Rund 8 Prozent der Bevölkerung leben vom Staat
- Und hier die wichtigste Zahl: es gibt nur 15 Millionen Nettosteuerzahler!
- 2/3 der Bürgergeldempfänger haben keinen Berufsabschluss – 50% sind Ausländer

Frau Huy wörtlich:

»Der Staat greift in die Sozialkassen, und Arbeitsminister Heil schichtet um, wie es ihm passt, 10 Milliarden fehlen beim Bürgergeld. Das Rentenpaket II bedeutet die 5. Kürzung des Rentenzuschusses in dieser Legislaturperiode, 2/3 der Krankenkosten für Bürgergeldempfänger werden

von den Beitragszahlern der GKV übernommen und sogar die Corona-Maßnahmen wurden zum großen Teil der Pflegekasse entnommen.

Der AfD-Antrag wurde, wir können es uns denken, abgelehnt.

Die **Aktuelle Stunde** am Donnerstag wurde beantragt von der AfD. Thema: **Zukunft des Industriekonzerns Thyssenkrupp**. Wie die Presse vermeldete, verabschiedet sich Thyssenkrupp vom »**Grünen-Stahl-Projekt**«. Karsten Hilse beginnt seine Rede mit folgenden Worten: »Werte Leugner des natürlichen Klimawandels!« Gesamtkosten für die Umstellung auf Energiegewinnung aus Wasserstoff 3 Milliarden, Förderzusagen von Bund und Ländern 2 Milliarden und nun das Aus. Steffen Kotré zum Thema: Wasserstoff hat einen Nutzungsgrad von 20 Prozent, Kernenergie von 95 Prozent.

Zwischendurch mal was Nettes: **Die Linken** beantragten mit **Dr.-Nr.20/12110** das, was sie am besten können: Geld ausgeben. Das Mittagessen in Schulen und KiTas soll kostenfrei sein.

Freitag

Der Freitag hatte es in sich: Unter dem Oberbegriff »**Sicherheitspaket**« der Bundesregierung ging es hauptsächlich um **Anträge der Ampel »zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems« (20/12805)** und zur »**Verbesserung der Terrorismusbekämpfung**« (20/12806), beide eiligst nach dem Terrorakt in Solingen zusammengeschnürte Verschärfungen im Waffenrecht, im Asylsystem und bei der Erhebung von biometrischen Daten im Internet. Außerdem geht es um automatisierten Abgleich mit BKA und Banken und um sogenannte Messerverbotzonen. Die Debatte startete aber zunächst mit einer **Geschäftsordnungs-Debatte**, da die Koalition im Innenausschuss wiederholt Anträge der CDU abgelehnt und verhindert hatte. Diese lauten gleich mit AfD-Positionen und die FDP hatte schon durchklingen lassen, dass sie mit der CDU stimmen würde.

Die FDP könnte hier also im Schulterschluss von AfD, FDP und CDU die Koa sprengen.

Daher auch die eilig zusammengeschnürten Anträge der Koalition, die nun zur Abstimmung standen. Die CDU wünschte aus Protest vorab die Absetzung dieses Tagesordnungs-Punktes, scheiterte aber, bei Enthaltung der AfD. **Beide Vorlagen** wurden nun in der 3. Lesung **angenommen** – nur mit den Stimmen der Koa. Dazu kamen

dann noch Entschließungs- und Änderungsanträge von Links und CDU mit namentlicher Abstimmung, sowie zwei namentliche Abstimmungen durch Antrag der AfD.

In erster Lesung machte sich die CDU/CSU Gedanken über folgendes Thema: Die **Menopause der Frau** habe ökonomische und soziale Folgen, die über individuelle Beschwerden der Frauen hinausgehe. Ein **betriebliches Management** sei nötig, Arbeitsbedingungen sollten angepasst werden (**Dr.-Nr. 20/12983**).

Dr. Christina Baums Stellungnahme: Hat die CDU denn wirklich keine anderen Sorgen, während viele Deutsche Flaschen sammeln würden und nicht wüssten, wie sie über die Runden kämen?
Es erfolgte Überweisung.

Der **»Digital Service Act«** ist eine EU-Verordnung, die im Zusammenhang mit dem deutschen **Netzwerkdurchsetzungsgesetz** steht. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat hierzu eine Ausarbeitung erstellt:
<https://www.bundestag.de/resource/blob/914582/cab-f53ef0e98f2d524dc74380f018314/WD-10-029-22-pdf-data.pdf>.

Am Freitag forderte die **AfD** im **Antrag Dr.-Nr. 20/13364** die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, diese Verordnung auf EU-Ebene abzuschaffen, auch sollen die sog. **»Vertrauensvollen Hinweisgeber«** (neudeutsch Trusted Flagger) **abgeschafft** werden.

Bekannt ist, dass die erste NGO mit Namen **»RESpect!«** unter anderem von Programmen des Bundes (Demokratie leben!) und Landesmitteln aus Baden-Württemberg finanziert wird, dass der Leiter dieser Stelle, Ahmed Gaafar Islamwissenschaftler ist und Student der Kairo Universität war, einer Brutstätte des Islamismus, so Stephan Brandner in der Vorstellung des Antrags. Die Beschneidung der Meinungsfreiheit muss rechtsstaatlichen Verfahren und juristischen Institutionen vorbehalten bleiben. Die Gefahr ist ein Overblocking aus ‚Angst vor einem Haftungsrisiko der Plattformen. **Wir schlittern anscheinend unumkehrbar in den Totalitarismus.**

Die Federführung in der Beratung übernimmt der Ausschuss Digitales.

Außerdem:

Beim **EU-Gipfel in Brüssel** am Mittwoch und Donnerstag ging es dann natürlich um Milliarden. **Milliarden für die**

Ukraine. Die EU hat seit Beginn des Krieges die Ukraine mit Militärhilfen in Höhe von 28 Milliarden EUR unterstützt, in diesem Jahr sollen es mind. 21 Milliarden Militärlieferungen sein. Am vergangenen Freitag verließ Wolodomir Selenskyj unsere Hauptstadt bereits mit einer Zusage von 1,4 Milliarden EUR Militärlieferungen. Man einigte sich nun in Brüssel außerdem auf Kredite über 50 Milliarden Dollar für »wirtschaftliche und finanzielle Stabilität«, was auch immer das heißen mag.

Man sollte sich mal vorstellen, was möglich wäre, wenn man mit solchen Beträgen das deutsche Rentenloch füllen würde.

Bei diesem Gipfel war auch die irreguläre (tatsächlich: unkontrollierte) Migration Thema, mittlerweile sagt sich nicht nur Ungarn, sondern auch Polens Ministerpräsident Tusk öffentlich vom sog. Gemeinsamen Europäischen Asylsystem los.

Zur Information:

Das Jahres-Maximum, das Polen jemals an Flüchtlingen aufgenommen hat, war im Jahr 2021 und dabei handelte es sich um exakt 1.000 Personen.

Nochmal große Politik am Ende der Woche:

Joe Biden kam am Freitag nun doch noch zu Olaf Scholz ins Kanzleramt, auch der britische Premier Karmar und der französische Präsident Macron gaben sich die Ehre zum Arbeitstreffen wohl zum Thema internationale Kriege. Es mutete ein bisschen an wie das Treffen der alten »Paten«, die wissen, dass ihre Zeit gekommen ist. Biden wurde von Bundespräsident Steinmeier noch schnell mit der Sonderstufe des Bundesverdienstkreuzes mit den Worten **»er sei ein Leuchtturm der Demokratie«** dekoriert. Damit setzt er nach der Kürung von Angela Merkel die gute Tradition fort, Deutschlandzerstörer mit der höchsten Auszeichnung des Landes zu ehren.

Zum Abschluss ein kleiner Ausblick zu den Themen, die uns im November erwarten werden:

Die **Wahl in den USA** und der **AfD-Verbotsantrag** (Yvonne Magwas, die Bundestags-Vizepräsidentin der CDU/CSU, ihr Amt verpflichtet eigentlich zu Neutralität, plädiert öffentlich gemäß Tagesschau-online für ein AfD-Verbot – sie sollte eigentlich wissen, wie sie sich zu benehmen hat).



Informationen aus erster Hand:

Infostand, Bürgerstammtisch & Vorträge

Auch in diesem Monat durfte ich zahlreiche Bürger bei unseren **Bürgerstammtischen** im Wahlkreisbüro begrüßen. Am 21. Oktober habe ich einen Vortrag zum Thema »**Was wird aus unserer Energieversorgung**« am Infoabend im Bürgerbüro von Katrin Ebner-Steiner, MdL gehalten.

Außerdem habe ich unseren AfD Kreisverband in Weiden am **Infostand** unterstützt. Zahlreiche interessierte Bürger kamen vorbei, um mit uns über ihre Sorgen und Nöte sowie die aktuelle Politik zu sprechen. Auffallend viele junge Leute sind mit uns ins Gespräch gekommen. Sie fragten nach unserem Wahlprogramm, unseren politischen Zielen und haben mit uns darüber diskutiert. Wir haben sehr viel Zuspruch erhalten.

AfD wirkt!





Herbstfest & Bürgerdialog:

Zu Gast in Mühldorf am Inn

Am 7. Oktober am Samstag war ich auf Einladung von Andreas Wahrlich, dem Wahlkreiskandidaten für Mühldorf am Inn zur Bundestagswahl 2025, am Herbstfest seines Kreisverbandes zu Gast. Hier konnte ich viele interessante Gespräche führen.

Im Anschluss habe ich den Bürgerdialog der AfD Fraktion im Bayerischen Landtag in Mühldorf besucht, an dem auch zahlreiche Bürger teilgenommen haben. Nochmals vielen Dank an Andreas Wahrlich für die Einladung!





FEBRUAR

17.
bis 20.

1. Bundespressefahrt 2025

Besucht mich in Berlin!

Liebe Bürger und Interessenten am politischen Geschehen, es liegt mir am Herzen, dass die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis sich ein Bild von meiner Arbeit auch direkt in Berlin machen können. Das Bundespresseamt ermöglicht dafür jedem Abgeordneten, 3-mal jährlich eine Gruppe von bis zu 50 Personen auf eine Bildungsfahrt nach Berlin einzuladen. Für das Wahljahr 2025 stehen wieder drei Termine zu Disposition. Hierbei ist nicht von Bedeutung, ob Sie Sympathisant oder Mitglied der AfD sind. Willkommen sind auch ganze Musikvereine, gemeinnützige Vereine, Schulklassen, Kegelclubs und andere Gemeinschaften.

Die gesamte Reise ist für die Teilnehmer kostenfrei, das genaue Programm und alle Details zur Fahrt gehen den Teilnehmern wenige Wochen vor der Fahrt schriftlich zu.

Für die erste Fahrt im Jahr 2025 steht uns folgender Termin zur Verfügung: **17.02. – 20.02.2025**

Das Anmeldeformular und die Einwilligung zur Datenverarbeitung können Sie auf meiner website herunterladen. <https://manfred-schiller.de/besucherfahrt/>
Ihr komplett ausgefülltes Anmeldeformular schicken Sie bitte zusammen mit der Datenschutz-Einwilligungserklärung elektronisch oder per Post an:

Manfred Schiller, MdB
Wahlkreisbüro / Frau Tina Seyffert-Reinhold
Christian-Seltmann-Str. 21, 92637 Weiden i.d. Obpf.
Telefon: +49 961 40 17 56 94 ,
Email: manfred.schiller.wk@bundestag.de

Ich freue mich auf den Besuch aus meinem Wahlkreis!
Herzliche Grüße Manfred Schiller



Ab sofort findet ihr mich auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort künftig auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »Zwei Bayern in Berlin«.

In der ersten Folge stelle ich mich vor, außerdem sprechen wir über Diskriminierung im Deutschen Bundestag.

Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB



Folgt mir für Neuigkeiten auf meinen Kanälen!



 www.manfred-schiller.de

 manfred.schiller@bundestag.de

 [@manfred.schiller.afd](https://facebook.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfred.schiller.afd](https://instagram.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)

 [@manfredschillerafd](https://telegram.com/manfredschillerafd)

 [@manfred.schiller.afd](https://tiktok.com/manfred.schiller.afd)

 [@manfredschillermdb](https://youtube.com/@manfredschillermdb)